Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 212. | Dresden, Sonnabend den 12. September 1908. | 19. Jahrg.

Der Parteitag der Sozialdemokratie in Nürnberg.

In Nürnberg versammeln sich am Sonntag abend die endboten der deutschen Sozialdemokratie zum Parteitag. Es historischer Boden, auf dem die diesjährige Parteiaussprache halten werden soll. Es ist ein Jubiläums-Parteitag. n wir begehen, es werden sich Erinnerungen an einstiges Aufimen verschlingen mit eifrigem Wirken für die Gegenwart und e Zukunft unserer Arbeiterbewegung.

Vor 40 Jahren geschah es in Nürnberg, daß der fünfte ereinstag der deutschen Arbeitervereine, die bis dahin dem bürgerchen Liberalismus gefolgt waren, den entscheidenden Schritt zur Losennung von eben diesem Liberalismus, zur Selbständigwerdung und m Anschluß an die sozialdemokratische Internationale vollführte. ie ökonomische Entwicklung Deutschlands hatte den fortgehrittensten Köpfen der Arbeiterklasse die Unmöglichkeit erwiesen, ch weiter von dem bürgerlichen Bildungsgerede leben zu können, ch weiter mit Fortschrittlern und Nationalliberalen in einem erbande zu wirken. Die Einsicht war mächtig geworden, daß e Arbeiterschaft sich auf eigene Füße stellen, daß sie eine selbstndige Klassenpolitik betreiben, daß sie sozialistisch sein müsse. ei der entscheidenden Abstimmung stimmten 72 Vereine für die uen, zukunftsgewissen Tendenzen, 37 für die der Ueberwindung rfallenden bürgerlichen Anschauungen; die Vereine der Minderit schlossen sich auch bald der Mehrheit wieder an, oder aber gingen zugrunde. Der Vereinstag der deutschen Arbeitereine in Nürnberg war ein denkwürdiger Wendepunkt in der ntwicklungsgeschichte der deutschen Arbeiter von unsicherem twanken zu bewußter Erfassung ihrer geschichtlichen Aufgaben, n bürgerlicher Gefolgschaftsleistung zu selbständiger Parteiw Machtwerdung.

So ist es ein großer Gedenktag, den unsere Partei in rnberg begeht. Seit jener Zeit hat die Partei eine vierzigrige Geschichte zurückgelegt, die übervoll ist an mächtigem ngen, an schweren Kämpfen, an zahllosen Opfern. Durch alle mpfe, durch alle Opfer ist die Partei vorwärts und aufwärts rstarkt, ist sie, die damals ein Unscheinbares war, eine große, flußreiche Partei geworden, zu der Millionen zählen und der ganze Zukunft gehört. Es ist ein grandioses Schauspiel von ltgeschichtlicher Bedeutung, wenn wir zurückblicken auf diese rzigjährige Epoche deutscher Arbeiterkämpfe, wenn wir das mals mit dem Heute vergleichen.

Nicht viele mehr von den damals Tätigen und die Annger der Bewegung Fördernden sind noch unter den Lebenden d unter den mit uns heute Wirkenden. Einige weilen in der rne, wie Wahlteich, der damals als Delegierter von Großenhain ch Nürnberg kam. Andere, wie Sonnemann, haben bald nach ner Zeit sich von dem Wege getrennt, den die Arbeiterklasse nschlagen mußte, und sie können heute eigentümliche Betrachtungen stellen über das Großwerden der Sache, der sie die Entwicklungsglichkeit absprachen und die sie verließen. Einige von den enen, die auf dem Nürnberger Arbeitertag bedeutend hervorten, haben Jahrzehnte in der ersten Reihe der großwerdenden ozialdemokratie gekämpft, sind aber nun aus unserer Mitte gefallen, wie Liebknecht, der Soldat der Revolution, und wie Schweichel, der 1868 die Programm- und Wesensfrage der Arbeiterewegung behandelte, um dann Jahrzehnte hindurch in dichterischen Schöpfungen den Ideen der Volksfreiheit treu zu huldigen. Auch unser Genosse Kobitzsch werde nicht vergessen, den wir vor kurzem zu Grabe trugen und der 1868 als Vertreter der Dresdner Arbeiter in Nürnberg weilte. Einige ber von den Vorkämpfern jener heroischen Zeit sehen wir zu nserer Freude noch unter uns weilen, allen voran Gabriel Löwenstein, den Veteranen der Nürnberg-Fürther Partiegeschichte, und August Bebel, der damals der Nürnberger Arbeiterag präsidierte, der von da an vier Jahrzehnte hindurch Unvergleichliches im Dienste des Proletariats vollbrachte. Vielleicht dürfen nsere Delegierte in Nürnberg auch Greulich begrüßen, der gleichfalls schon 1868 als tapferer Jüngling die Arbeiterschaft er Schweiz in Nürnberg vertrat, der heut im Silberhaar noch üstig für unsere Ideale streitet. Für diese alten Mitglieder des 8er Kongresses ist der jetzige Parteitag ein Jubiläums- und Ehrenfest, an dem die ganze deutsche und internationale Arbeiterklasse von Herzen teilnimmt.

•

Wenn jetzt die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in Nürnberg sich versammeln, so haben sie andere, aber in ihrer Art nicht minder bedeutsame Aufgaben zu lösen als ihre Vorgänger von 1868. Die Fragen, um die damals der Streit ging, sind gründlichst erledigt für die Sozialdemokratie. Der selbständig politische und der sozialistische Charakter der deutschen Arbeiterbewegung ist unverrückbar festgelegt und niemand kann darüber irgend zweifeln, daß die zukünftigen Kämpfe des Proletariats gegen die kapitalistische Herrschaft nur in diesem Zeichen der Selbständigkeit und des Sozialismus ausgefochten werden. Die Aufgabe der groß gewordenen Arbeiterklasse und ihrer Partei ist es geworden, die wirtschaftlichen und politischen Prinzipien des Sozialismus in die Wirklichkeit des Tages einzuführen, das politische Leben Deutschlands demokratisch und sozialistisch zu durchtränken. An dieser Aufgabe arbeitet die gegenwärtige Generation mit zäher Kraft, zu ihrer Förderung wird sicherlich auch der Nürnberger Parteitag ein wertvolles Stück beitragen.

Es sind in erster Reihe brennende Fragen des gegenwärtigen politischen Lebens, zu denen der Parteitag Stellung nehmen soll. Die aktuellste Frage der Gegenwart ist die der sogenannten „Reichsfinanzreform". Die Regierungen und die herrschenden Klassen bereiten einen neuen schwersten Anschlag auf das steuerzahlende Volk vor. Um ihre Verfehlungen in der Leitung der auswärtigen Politik auszugleichen, um die immer kolossaler anwachsenden Ausgaben für das Kriegsrüstungswesen zu decken, will die Regierung neue Millionenhunderte durch Verbrauchssteuern und durch Auflagen auf die gewerbliche Tätigkeit aus der Volksmasse ziehen. Keine Partei außer der Sozialdemokratie ist gewillt und befähigt, diesem übermütigen Ansinnen entschlossen Widerstand zu leisten. Durch das Drängen der Sozialdemokratie ist bei der letztmaligen Steuerbelastung wenigstens ein Anfang mit der Erbschaftsbesteuerung gemacht worden. Jetzt wird unsre Partei auf ihrem Parteitag ihr volkstümliches Programm für die Gesundung der Reichsfinanzen gegen die gemeingefährlichen Pläne der herrschenden Schichten ins Feld führen.

Nicht minder dringend ist die Behandlung der Sozialpolitik. Wenn auch erst jüngst der Gewerkschaftskongreß diese Frage behandelt hat, so ist sie doch von so fundamentaler Bedeutsamkeit, daß von einem Zuviel nicht gesprochen werden kann. Vielmehr ist es nötig, daß der Parteitag sich dem Gewerkschaftskongreß anschließt, indem er die schmähliche Vernachlässigung aller wichtigen sozialpolitischen Werke in dieser jetzigen blockpolitischen Aera brandmarkt und den Widerstand organisiert gegen die Absichten, auch den kargen Teil der Selbstverwaltung, den die Arbeiterklasse in der Versicherungsgesetzgebung besitzt, zu vernichten. Wir werden von neuem den Ruf nach gründlicher Ausgestaltung des unzureichenden Versicherungswesens und des Arbeiterschutzes erschallen lassen und Millionen deutscher Arbeiter werden wiederum sehen, daß nur die Sozialdemokratie in diesen Lebensfragen der arbeitenden Nation positive und fruchtbare Arbeit zu verrichten gewillt ist.

Es wäre wohl wünschenswert, daß noch andere einschneidende Probleme der gegenwärtigen Politik in besonderen Referaten auf dem Parteitag behandelt würden. Die auswärtige Politik des Reiches, die schwere wirtschaftliche Krisis, die Wahlrechtsfrage — das alles sind Angelegenheiten von höchstem Interesse, deren Behandlung weithin propagandistisch für unsere Ideen wirken würde. Immerhin dürfen wir überzeugt sein, daß diese Fragen, wenn auch zu ihrer umfassenden Besprechung die Möglichkeit jetzt nicht mehr gegeben ist, nicht gänzlich auf dem Parteitage zu kurz kommen werden. Es wird sich sicherlich Gelegenheit finden, wenigstens unsre Stellung zu diesen Fragen knapp und klar zu verkünden.

Der Parteitag in Nürnberg wird sich ferner auch mit mancherlei inneren Parteifragen zu befassen haben. Unsere Parteitage gelten nicht ausschließlich der Agitation, die in die weiten Kreise hinausdringt, sondern vor allem auch der Aussprache über Meinungsverschiedenheiten in unseren eigenen Reihen.

Die süddeutsche Budgetabstimmung hat in den letzten Wochen innerhalb der Partei zu äußerst erregten Auseinandersetzungen geführt. Die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Baden, Württemberg und Bayern haben sich durch die Zustimmung zum Budget beziehentlich Finanzgesetz ihrer Staaten den Vorwurf zugezogen, daß sie den Parteitagsbeschluß von Lübeck verletzt und durch ihre Budgetbewilligung den Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie verleugnet hätten. Von den also Beschuldigten wird eingewendet, daß der Lübecker Beschluß Ausnahmefälle zulasse und daß sie von dieser Befugnis hätten Gebrauch machen müssen, weil sie nach Durchsetzung erheblicher von ihnen gestellten Forderungen die Partei nicht durch Ablehnung des Gesamtbudgets um den Ertrag ihrer eignen fruchtbaren Arbeit hätten bringen dürfen. Wir möchten jetzt nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß der Parteitag auf Grund sachlicher und parteigenössischer Aussprache eine glückliche Lösung des Streites erreicht. Wie schon oft nach heftigsten Diskussionen und Anschuldigungen schließlich das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Notwendigkeit des geschlossenen Kampfes des ganzen Proletariats gegen seine kapitalistischen Feinde triumphierte, so möge es auch in diesem Falle geschehen!

Ebenso erhoffen wir zuversichtlich die Anbahnung einer gedeihlichen Lösung des Streites um die Frage der Jugendorganisation. Einerseits durch das erfreulich gewachsene Interesse an dem Schicksal der proletarischen Jugend und an ihrer Erziehung zum Sozialismus, andrerseits durch die neuen jugendfeindlichen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes ist diese Frage dringend an unsere Partei herangetreten. Die Parteitage in Mannheim und Essen haben die Entstehung einer selbständigen Jugendorganisation begrüßt und begünstigt. Dann aber haben Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften — und ihr folgend der Gewerkschaftskongreß — teils wegen der neuen vereinsgesetzlichen Bestimmungen, teils aus allgemeinen organisatorischen und pädagogischen Gründen, besondere Jugendorganisationen abgelehnt. Es ist die Aufgabe des Parteitags, die Formel aufzustellen, durch die der Partei und den Gewerkschaften der nötige Einfluß auf die Jugendbewegung gewahrt bleibt, ohne daß doch die Initiative und Lebenskraft dieser hoffnungsvollen Bewegung beeinträchtigt werden. Hoffentlich gelingt es, den Organisationsstreit, der ja in den Anfängen jeder neu aufwachsenden Bewegung nicht auszubleiben pflegt, bald und vollkommen zu überwinden, so daß die Sache der Jugendbildung und der freiheitlich sozialistischen Jugendentwicklung kühn und groß voranschreiten kann.

Eine Fülle von wichtigen und zum Teil schwierigen Aufgaben erwartet den Parteitag in Nürnberg. Möge der Parteitag alle diese Aufgaben in parteigenössischer, brüderlicher Aussprache behandeln und zum Heile der deutschen Arbeiterklasse lösen!

Wir begrüßen die sich in Nürnberg versammelnden Delegierten herzlichst. Wir begrüßen den Parteitag mit unserem frohen Kampfesruf:

Hoch die deutsche, hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Sozialpolitisches Material für den Nürnberger Parteitag.

gh. Dieser Tage brachte die offiziöse Presse die Mitteilung, die Regierungen hätten sich jetzt darüber geeinigt, daß sie in der Vorlage, die sie demnächst zur Reform der Arbeiterversicherungsgesetze dem Reichstage zustellen, die völlige Entrechtung der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der Krankenkassen vorschlagen. Die Arbeiter dürfen danach nur noch die Hälfte der Vertreter für die Verwaltung der Kassen stellen, und bei allen wichtigen Fragen, in denen die Arbeitervertreter gegen die Unternehmervertreter geschlossen stimmen, entscheidet der „unparteiische" Vorsitzende.

Die Mitteilung der offiziösen Presse ist richtig, aber unvollständig. Offenbar haben die Herren, die den offiziösen Blättern jene Mitteilung zustellten, absichtlich nur den einen Teil der Wahrheit bekanntgegeben, um die öffentliche Meinung allmählich auf das vorzubereiten, was kommen wird. Vom Standpunkte der Arbeiter aber ist es notwendig, daß die ganze Wahrheit bekannt wird. Deshalb wollen wir die Mitteilung der offiziösen Presse vervollständigen: es steht auch bereits fest, daß die Selbstverwaltung der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften im wesentlichen genau so wie bisher aufrechterhalten bleibt.

Um die volle Wahrheit: die Beseitigung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen und die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften, richtig zu würdigen, wollen wir an die Vorgänge der letzten Zeit, soweit sie sich auf diese Fragen beziehen, kurz erinnern. Im Mai dieses Jahres veröffentlichte das Zentralblatt für das Deutsche Baugewerbe einige „Grundzüge" der Reichsverwaltung für die Abänderung unserer Arbeiterversicherungsgesetze und wies ganz besonders darauf hin, daß „die vornehmste Aufgabe, die der Entschädigungsfeststellung", den Berufsgenossenschaften genommen werden soll. Gegen diese Schmälerung der Rechte, die gegenwärtig noch den Berufsgenossenschaften, d. h. den für die Verwaltung derselben allein maßgebenden Unternehmern, zustehen, erhoben die Unternehmer lebhaft Widerspruch. Die Beschwichtigungsversuche der offiziösen Presse, als ob die Mitteilungen des Zentralblattes nicht ganz zutreffend seien, waren erfolglos. Die Unternehmer erklärten bei jeder passenden Gelegenheit, besonders auf den Jahresversammlungen der Berufsgenossenschaften, daß sie sich unter keinen Umständen die geplante Entrechtung gefallen lassen, und drohten den Regierungen mit dem Streik. „Die in den Berufsgenossenschaften herrschende Stimmung wird," so schrieb das Zentralblatt, „sehr deutlich charakterisiert" durch einen Artikel der Hamburger Nachrichten, der denselben aus „berufsgenossenschaftlichen Kreisen" zugegangen sei. In dem Artikel heißt es u. a.:

> „Sollten die Vorschläge des Reichsamts des Innern Gesetzeskraft erlangen, so muß und wird die Antwort der gegenwärtigen ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder ... unbedingt dahin lauten, daß sie einmütig die von ihnen bekleideten Ehrenämter niederlegen." Dann werden die Unternehmer aufgefordert, die Bundesregierungen und den Kaiser gegen die Pläne im Reichsamt des Innern scharfzumachen.

Schon am 27. Mai nahm die ordentliche Sektionsversammlung der Sektion 1 (Berlin) der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Stellung gegen die geplante „Verkürzung wohlerworbener Rechte der Berufsgenossenschaften" und beauftragte den Vorstand,

> „mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln gegen derartige Absichten der Reichsregierung Stellung zu nehmen."

In derselben Art und Weise sprachen sich auch die Jahresversammlungen der anderen Berufsgenossenschaften aus.

Auf dem allgemeinen Berufsgenossenschaftstag am 16. Juni gab sich der Staatssekretär des Innern, Herr von Bethmann-Hollweg, in eigener Person die größte Mühe, die Herren zu beruhigen mit der Versicherung, daß die endgültigen Vorschläge der Regierungen noch gar nicht feststehen. Aber auch er hatte kein Glück, der Berufsgenossenschaftstag stimmte vielmehr ausdrücklich dem Proteste gegen das Reichsamt des Innern zu. Und nach dem Berufsgenossenschaftstag setzten die Unternehmer ihren Kampf fort — mit dem Erfolg, daß ihnen die Regierungen schließlich nachgeben mußten. So haben sie die Regierungen gezwungen, von der Durchführung der vorgesehenen „Grundzüge" Abstand zu nehmen, freilich nur der „Grundzüge", die das Selbstverwaltungsrecht der Unternehmer in der Unfallversicherung antasteten. Das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in der Krankenversicherung dagegen wollen die Regierungen um so sicherer beseitigen,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080912/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG